VR-05 Gemeinsam statt allein. Internationale Zusammenarbeit stärken. Die internationale Zusammenarbeit ist weltweit in der Krise

Gremium:	BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum:	28.09.2026
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 und dem Klimaabkommen von Paris hat die internationale Staatengemeinschaft 2015 einen Aufbruch gewagt. Ein zentrales Anliegen der Agenda 2030 ist ihre Universalität. Die Weltgemeinschaft Sie hat sich darauf verständigt, globale Herausforderungen gemeinsam anzugehen und eine gerechtere, nachhaltige Zukunft zu gestalten, in der Frieden, Klimaschutz und Entwicklung eng miteinander verzahnt sind. Die Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der jüngsten Kriege und Konflikte, insbesondere des Iran-Krieges, haben Armut und Hunger in vielen Ländern des Globalen Südens jedoch wieder deutlich verstärkt. Auch bei uns werden Lebensgrundlagen bedroht, nicht zuletzt durch die immer mehr sichtbar werdenden Folgen der sich verschärfenden globalen Klima- und Umweltkrise.

In dieser Situation bräuchte es eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit (IZ) im Allgemeinen, und damit auch der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Konkreten. Denn jeder Euro, den wir heute in die Entwicklungszusammenarbeit investieren, erspart uns morgen ein Vielfaches an Nothilfe – sie ist eine Investition in Frieden, Stabilität und eine lebenswerte Zukunft weltweit. Stattdessen ist sie in den letzten Jahren weltweit drastisch geschwächt worden. Die Zerschlagung von USAID im Frühjahr 2025 könnte, einer im Fachmagazin The Lancet veröffentlichten Untersuchung zufolge, bis 2030 zu mehr als 14 Mio. zusätzlichen Todesfällen führen. Zahlreiche Staaten – neben den USA auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan – kürzen ihre Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA). Die Krise der IZ und des Multilateralismus wird begleitet von einer Desinformations- und Verhetzungskampagne gegen die EZ, die zu ihrem Reputationsverlust geführt hat. Ursache dieser Entwicklung ist u. a. auch ein politischer Rollback, der auf ein enges Sicherheitsverständnis und kurzfristig gedachte nationale Interessen setzt – und damit einen Widerspruch zu gemeinsamen Interessen in einer von Krisen und Kriegen geprägten Welt konstruiert.

Diese Entwicklungen sind auch in Deutschland zu beobachten. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) wurden seit 2024 deutlich gekürzt, die ODA-Quote
(ODA-Anteil am Bruttonationaleinkommen) fiel von 0,82 % 2023 auf 0,52 % 2026, was gegenüber dem Niveau von 2022 einen Rückgang um 40 % bedeutet. Dies steht im deutlichen Widerspruch zu allen bisherigen Zusagen der Bundesregierung – zuletzt bei der 4. UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung 2025 in Sevilla – mindestens 0,7 % bereitzustellen. In einer Zeit, in der der Bundesregierung – nicht zuletzt durch das Sondervermögen – mehr Geld denn je zur Verfügung steht, sind die gebrochene 0,7-Prozent-Zusage der zugesagten ODA-Quote sowie die

überproportional starken Kürzungen im BMZ-Etat keine Frage fehlender Mittel, sondern eine bewusste politische Entscheidung.

Gleichzeitig gab es im Kontext der Koalitionsverhandlungen mit der SPD den Vorschlag der CDU/CSU, das BMZ abzuschaffen, und insgesamt eine nachlassende Unterstützung im konservativen Lager für die EZ, begleitet von Kampagnen u.a. von der AfD und in den sozialen Medien gegen die EZ, so z. B. die vielfach strapazierte Kritik an deutscher Förderung von Radwegen in Peru, die Teil eines sinnvollen Ausbaus des klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehrs ist: Der Verkehrssektor ist Perus größte CO_2-Quelle, und von seiner Modernisierung profitieren der globale Klimaschutz ebenso wie beteiligte deutsche Unternehmen.

Außerdem ist eine stärkere Orientierung an eigenen wirtschaftlichen Interessen zu beobachten, z. B. im 11-Punkte-Plan von BMZ und BMWE für eine größere Beteiligung der deutschen Wirtschaft an den Projektvergaben in der finanziellen Zusammenarbeit (FZ). Wenn BMZ und BMWE die Wirtschaft stärker einbinden wollen, ist es wichtig, dass am Ende nicht nur große Konzerne, sondern auch mittelständische, kleine und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden werden und der Fokus auf menschlicher und wirtschaftlicher Entwicklung in den Partnerländern liegt. Darüber hinaus werden entwicklungspolitische Gelder zunehmend konditionalisiert und an Migrationsabwehr gekoppelt. Von der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik der Ampelregierung bleiben dagegen nur einige feministische Ansätze beim BMZ übrig. Einige der Ergebnisse des Reformprozesses des BMZ gehen auch auf in Teilen ungerechtfertigte Kritik zurück. Das BMZ sollte auf falsche Aussagen selbstbewusst reagieren und nicht vor diesen einknicken. Auch in der Vergangenheit hat die Wirtschaft durch EZ profitiert.

Die Kürzungen der Mittel für EZ haben gravierende Folgen – nicht nur für die Länder des Globalen Südens, sondern auch für Deutschland. Neben dem Mehrwert, den internationale Kooperation für gegenseitiges Lernen, Wissen und Forschung bringt, droht Deutschland mit sinkenden Mitteln für die EZ auch an internationaler Bedeutung und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Das ist nicht zuletzt angesichts der geopolitischen Konkurrenz zu diktatorischen Ländern wie Russland und China fatal, die daran arbeiten, ihren Einfluss im Globalen Süden auszuweiten. Es ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch des wohlverstandenen Eigeninteresses, die IZ mit den Ländern des Globalen Südens zu stärken und die oft gegebene Zusage wieder einzuhalten, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die IZ bereitzustellen.

Internationale Zusammenarbeit ist wichtig für die Zukunft unseres Planeten und braucht eine neue Art der Partnerschaft

Internationale Zusammenarbeit bedeutet, zusammen mit Partnern weltweit für gerechte und starke Gesellschaften zu arbeiten. Sie hat enorme Fortschritte ermöglicht: Die weltweite Kindersterblichkeit hat sich seit 2000 halbiert, die durchschnittliche Lebenserwartung stieg in derselben Zeit von 66 auf über 73 Jahre, bessere Gesundheitsversorgung und gestiegener Zugang zu Bildung haben das Leben von vielen Millionen Menschen verbessert. Die IZ hat international für den

Konsens zu nachhaltigen Entwicklungszielen mobilisiert und entsprechende globale Kooperationen und Initiativen ermöglicht.

Eine partnerschaftliche IZ auf der Basis gemeinsamer Interessen und Ziele ist dabei aus mehreren Gründen wichtig. Sie ist nicht nur Ausdruck der Solidarität mit den Armen und Ärmsten im Globalen Süden und dient dazu, Hunger und Armut zu bekämpfen und Gesundheits- und Bildungssysteme zu stärken, sondern sie soll auch bei der gemeinsamen Lösung globaler Herausforderungen und Probleme wie der weltweiten Umwelt- und Klimakrise unterstützen; dazu gehört auch der Schutz globaler öffentlicher Güter wie z. B. des Regenwalds im Amazonasgebiet. Diese Solidarität ist auch eine Frage historischer Verantwortung: Koloniale Machtverhältnisse wirken bis heute in Ungleichheitsverhältnissen fort, und ausgerechnet die Länder, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, leiden heute am stärksten unter ihren Folgen. Deshalb muss IZ dazu beitragen, eine Welt zu schaffen, in der alle Menschen weltweit ein menschenwürdiges Leben führen können und die planetaren Grenzen eingehalten werden, um der drohenden Umwelt- und Klimakatastrophe zu begegnen. Um globale Herausforderungen und Probleme zu bewältigen, braucht es neben starken bilateralen Partnerschaften gleichzeitig auch multilaterale Kooperationen im Rahmen von UN-Organisationen, Weltbank, EU und anderen internationalen Institutionen.

Eine zukunftsfähige internationale Zusammenarbeit muss deshalb auch postkoloniale Kontinuitäten und die daraus entstandenen globalen Macht- und Ungleichheitsverhältnisse kritisch reflektieren und überwinden. Wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, ungleiche Zugänge zu Ressourcen, Wissen, Technologie und Finanzierung sowie asymmetrische Entscheidungsstrukturen prägen internationale Beziehungen bis heute. Eine neue Partnerschaft darf diese Strukturen nicht reproduzieren, sondern muss zu ihrer Überwindung beitragen. Dazu gehören insbesondere mehr Entscheidungsmacht und Ressourcen für Akteur*innen des Globalen Südens, die Anerkennung unterschiedlicher Wissenssysteme sowie eine gerechtere Gestaltung der internationalen Finanz-, Handels- und Klimapolitik.

IZ ist darüber hinaus auch ein wichtiges Element von Soft Power im geopolitischen und geoökonomischen Ringen mit autoritären und diktatorischen Mächten wie Russland und China. IZ dient in diesem Kontext auch dazu, Sicherheit und friedliche Konfliktbearbeitung zu unterstützen und Strategien zur Nutzung von KI zum Wohle der Menschheit und Abwendung ihrer Gefahren zu entwickeln. In Zeiten zunehmender Angriffe auf die regelbasierte internationale Ordnung ist die IZ zudem ein zentrales Handlungsfeld zur Stärkung einer demokratischen, unabhängigen Zivilgesellschaftweltweit: Schon heute leben 85% der Weltbevölkerung in Ländern, in denen zivilgesellschaftliche Handlungsräume eingeschränkt, unterdrückt oder ganz geschlossen sind (vgl. Atlas der Zivilgesellschaft 2026) – dem entgegenzuwirken, muss eine zentrale Aufgabe der IZ bleiben. Vor diesem geopolitischen Hintergrund ist eine starke Verankerung der IZ in der EU und deren Strukturen und Werten unabdingbar.

Eine partnerschaftliche IZ muss das alte Geber-Nehmer-Denken der klassischen Entwicklungszusammenarbeit überwinden und bestehende Machtasymmetrien kritisch reflektieren und abbauen. Sie muss sich stattdessen auf gemeinsame Interessen und Ziele, gegenseitiges Lernen und eine stärkere Entscheidungsmacht der Partner*innen im Globalen Süden fokussieren. Über Schwerpunkte, Instrumente und die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit muss gemeinsam entschieden werden.

Dazu gehört auch, Finanzierungs- und Entscheidungsstrukturen so weiterzuentwickeln, dass lokale und zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Globalen Süden direkten Zugang zu Ressourcen erhalten und ihre Expertise und ihr Wissen gleichberechtigt einbringen können. Alle beteiligten Staaten müssen entsprechend ihren Möglichkeiten Verantwortung für die Umsetzung der vereinbarten Programme und Maßnahmen übernehmen. Was die Länder des Globalen Südens im Rahmen einer partnerschaftlichen IZ konkret beitragen können, unterscheidet sich erheblich. Staaten wie Brasilien oder Indien verfügen über ganz andere Möglichkeiten und Ressourcen als die armen und ärmsten Länder der Welt (Least Developed Countries, LDCs).

Internationale Zusammenarbeit ist heute wichtiger denn je. Sie schließt u.a. auch die gemeinsame Suche nach Lösungen für die Verschuldungskrise im Globalen Süden und die Aushandlung und Umsetzung fairer Handelsabkommen mit den Ländern des Globalen Südens ein.

Der Weg zur neuen IZ

Nachdem das BMZ im März 2023 seine Strategie „Feministische Entwicklungspolitik. Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit“ vorgestellt hat, entwickelte sich ein Momentum, feministische Entwicklungspolitik als politische Handlungsmaxime in der deutschen IZ und im öffentlichen Diskurs zu etablieren. Das Ampel-Aus sowie ein politischer wie gesellschaftlicher Backlash gefährden seitdem die Einhaltung und Verteidigung einer menschenrechtszentrierten und wertegeleiteten IZ. Frauen und marginalisierte Gruppen wie z.B. queere Menschen sind davon besonders betroffen. Als Partei Bündnis 90/Die Grünen bekennen wir uns explizit zur Einhaltung und Verteidigung von Menschenrechten und achten dabei besonders auf den Schutz und die Verteidigung von Minderheiten. Dies bedeutet auch das Eintreten für eine feministische IZ, konkret entlang der 3 "R": gleiche Rechte, gerechter Zugang zu Ressourcen und echte politische Repräsentanz für Frauen weltweit. Frauen und ihre Organisationen sind dabei nicht nur Zielgruppe, sondern zentrale Akteurinnen des Wandels: ihre politische Teilhabe und starke Frauen- und andere Menschenrechtsorganisationen vor Ort entscheiden über sind entscheidend für den Erfolg feministischer IZ. Feministische IZ geht damit deutlich über reine Frauenförderung hinaus, denn sie ist für alle Menschen da und setzt sich für gerechte und starke Gesellschaften lokal wie global ein.

Der Weg aus der Krise zu einem neuen Verständnis der IZ als strategisch relevanten Bereich von Regierungshandeln führt auch über den Umbau der institutionellen Verankerung. Dafür braucht es ein BMZ, bei dem die strategischen Kompetenzen und Kapazitäten der IZ gebündelt sind. Die Humanitäre Hilfe gehört unbedingt mit dazu und sollte im BMZ verankert werden. Das fördert die Integration in die IZ. Wir fordern, neben dem Budget für klassische Entwicklungszusammenarbeit auch das Budget für Humanitäre Hilfe wieder deutlich aufzustocken und stärker in Richtung des vorhandenen Bedarfs zu entwickeln – vor allem angesichts der nachhaltigen Bedeutung der IZ für stabile Lebensverhältnisse auf unserem gemeinsamen Planeten.

Der Konkurrenz um knappe Mittel und dem Klima des Misstrauens gegen die EZ muss das BMZ mit einem selbstbewussten Ansatz begegnen, der gleichermaßen legitime

deutsche Interessen und die Interessen der Partnerländer berücksichtigt. Erfolgreich kann nur sein, was die Partner auch wirklich selbst wollen.Dafür muss sich das BMZ selbst viel stärker mit Institutionen der Partnerländer verzahnen, um vor Ort gemeinsame Entscheidungen über Schwerpunkte und die Art der Zusammenarbeit zu fällen. IZ muss sich in Zukunft stärker auf lokale Expertise und Wissensbestände in den Partnerländern stützen. Das gilt für die Planung ebenso wie für die Umsetzung vor Ort: Partner*innen sollten stärker eingebunden werden, ganz nach dem Prinzip “Nothing about us without us”. Dabei müssen auch unterschiedliche Wissenssysteme gleichberechtigt anerkannt werden. Insbesondere das Wissen indigener und lokaler Gemeinschaften ist bei der Gestaltung von Strategien für Klimaschutz, Biodiversität, Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung einzubeziehen.

Damit die IZ ihre öffentliche Unterstützung nicht verliert, muss sie nicht nur neue Kommunikationsstrategien entwickeln, um den Mehrwert der IZ besser zu erklären, sondern vor allem die Wirksamkeit der Maßnahmen in den Mittelpunkt allen Handelns stellen. Weg von Lippenbekenntnissen und ganz nach dem norwegischen Modell “Fakta har makta” (Fakten haben Macht) schaffen wir es so, hin zu echter Veränderung! Das BMZ benötigt dazu Programmplanung und -steuerung, die flexibler reagieren, evidenzbasiert sind und eine echte Lernkultur etablieren. Das BMZ muss dabei der Versuchung widerstehen, Dinge schönzureden. Zugleich muss es Desinformationskampagnen entschieden entgegentreten und die öffentliche Debatte offensiv mitgestalten. Dazu braucht es Kommunikationsstrategien, die überzeugend vermitteln, warum internationale Zusammenarbeit im Interesse der Bürger*innen liegt. Erste Ansätze können sein, deutsche Interessen im Hinblick auf globale Probleme herauszustellen (“globale Probleme sind nur gemeinsam lösbar”), den Mehrwert internationaler Zusammenarbeit für Deutschland zu betonen (“es nützt auch uns, wenn wir andere unterstützen”) und Deutschlands Platz in der Welt zu unterstreichen (“wir übernehmen Verantwortung in der Welt”). Um negativen Erzählungen über die IZ und das dominante Narrativ des “Helfens anderswo” entgegenzutreten, plädieren wir dafür, in ein neues und vertieftes öffentliches Verständnis von und für IZ zu investieren.

Die staatliche deutsche IZ steht nicht allein da. Es gibt eine breite deutsche Zivilgesellschaft, die sich engagiert. Dieses Engagement kann vom BMZ besser genutzt werden, indem Förderansätze strategischer verzahnt werden. Die Organisationen der Zivilgesellschaft sind die besten Multiplikatoren für die Anliegen der IZ. Ihre Förderung ist wichtiger Bestandteil der bilateralen IZ-Strategie.

Neben der bilateralen Zusammenarbeit spielt Deutschland eine wichtige Rolle in der multilateralen Zusammenarbeit. Die eigene Sichtbarkeit ist dort geringer, die Wirkungen sind aber oft umfassender und stärker, weil die Programme größer dimensioniert sind und Ressourcen bündeln. Aufgabe des BMZ ist es unter anderem, auf der multilateralen Ebene Gestaltungseinfluss zu gewinnen.

Unsere Vorschläge und Forderungen:

- Erhöhung der Mittel für die IZ: Rückkehr zur Einhaltung der 0,7%-ODA-Quote (inkl. einer Quote von 0,15 % des Bruttonationaleinkommens für die Least Developed Countries), dabei Erhöhung der Mittel sowohl für die klassische

EZ als auch für die humanitäre Hilfe, darüber hinaus auch mehr Mittel für IZ jenseits von ODA.

- Weiterentwicklung der Partnerschaften mit dem Globalen Süden: Gemeinsame Entscheidung über Schwerpunkte und Art der Zusammenarbeit, gemeinschaftliche Planung und gegenseitiges Lernen sowie stärkere Zielgruppenorientierung, stärkeres Einbinden der Interessen der Partner, mehr lokale Führungskräfte.

- Gerechte globale Finanz-, Handels- und Wissensordnung: Die internationale Zusammenarbeit muss zu einer gerechteren Gestaltung der globalen Finanz-, Handels- und Wissensordnung beitragen. Dazu gehören faire und transparente Verfahren zur Bewältigung von Überschuldung, mehr Mitsprache der Länder des Globalen Südens in internationalen Finanzinstitutionen, eine gerechtere Gestaltung internationaler Handelsbeziehungen sowie ein verbesserter Zugang zu Wissen und Technologien. Ziel muss es sein, wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen und den Ländern des Globalen Südens größere Möglichkeiten für eigene Wertschöpfung und nachhaltige Entwicklung zu eröffnen.

- Erhöhung der Wirksamkeit: Bessere Nutzung der bestehenden Evidenz und Etablierung einer echten Lernkultur, übergeordnete Ziele benennen, flexible Programmplanung und -steuerung, mehr größere Programme statt vieler kleinteiliger Projekte.

- Verbesserung der Kommunikation in Deutschland: Mehr Mut und Selbstbewusstsein aufgrund von guter und strategisch wichtiger Arbeit, Erhöhung der Ressourcen des BMZ und anderer Ministerien für Kommunikation in Deutschland, um die Wichtigkeit der IZ gegenüber den Bürger*innen besser kommunizieren zu können.

- Stärkung der institutionellen Grundlagen: Ein eigenständiges, handlungsfähiges BMZ mit gebündelten strategischen Kompetenzen, inklusive Verankerung der Humanitären Hilfe und verstärkter Integration in europäische Strukturen.

- Stärkung des Multilateralismus und des UN-Systems: Deutschland muss sich für ein starkes, handlungsfähiges und demokratisch legitimiertes multilaterales System einsetzen. Die Vereinten Nationen und ihre Institutionen müssen finanziell und politisch gestärkt und die Mitsprache und Repräsentation der Länder des Globalen Südens in internationalen Entscheidungsstrukturen verbessert werden. Globale Herausforderungen wie Armut, Klimakrise, Verschuldung, Frieden und Sicherheit können nur durch verbindliche multilaterale Zusammenarbeit bearbeitet werden.

- Verteidigung von Zivilgesellschaft und feministischer IZ: Schutz und Stärkung
demokratischer, unabhängiger Zivilgesellschaft sowie von Menschenrechtsorganisationen als zentrale Partnerinnen, klares Bekenntnis zu feministischer IZ, insbesondere entlang der 3 R.

Einfache Sprache

Zusammen statt allein - Wir brauchen mehr Zusammenarbeit zwischen den Ländern

Die Welt hat große Probleme

2015 haben fast alle Länder der Welt beschlossen: Wir wollen gemeinsam etwas gegen Armut, Hunger und den Klimawandel tun. Dafür gibt es die Nachhaltigen Entwicklungsziele (das sind Ziele für eine bessere Welt bis 2030) und das Klimaabkommen von Paris (ein Vertrag, um das Klima zu schützen).

Aber jetzt gibt es viele neue Probleme:

Die Corona-Pandemie (die weltweite Krankheit)

Der Krieg in der Ukraine (Russland greift die Ukraine an)

Andere Kriege, zum Beispiel im Iran

Die Klimakrise (das Wetter verändert sich, es wird heißer, es gibt mehr Stürme)

Durch diese Probleme gibt es wieder mehr Armut und Hunger – besonders in ärmeren Ländern. Auch bei uns in Deutschland merken wir: Das Leben wird schwieriger, weil das Klima sich verändert.

Warum ist Zusammenarbeit wichtig?

Wenn Länder zusammenarbeiten, können sie viel erreichen. Zum Beispiel:

Weniger Kinder sterben.

Die Menschen werden älter.

Es gibt bessere Ärzte und Schulen.

Die Umwelt wird geschützt.

Jeder Euro, den wir in diese Zusammenarbeit stecken, hilft später, größere Probleme zu vermeiden. Es ist wie eine Versicherung: Wenn wir jetzt helfen, sparen wir später Geld und Leid.

Aber: Viele Länder geben weniger Geld für diese Zusammenarbeit aus. Zum Beispiel:

Die USA haben ihre Hilfsorganisation USAID fast abgeschafft. Dadurch könnten bis 2030 14 Millionen Menschen mehr sterben.

Auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan geben weniger Geld.

Was passiert in Deutschland?

Deutschland hat versprochen: Wir geben 0,7 % von unserem Geld für die Zusammenarbeit mit ärmeren Ländern aus. Das nennt man ODA-Quote.

Aber:

2023 waren es noch 0,82 %.

2026 sind es nur noch 0,52 %. Das ist 40 % weniger als 2022.

Die Regierung hat also weniger Geld für diese wichtige Arbeit gegeben – obwohl Deutschland eigentlich genug Geld hat.

Gleichzeitig gibt es Kritik an der Zusammenarbeit. Einige Leute sagen: „Warum geben wir Geld für Radwege in Peru aus?“ Aber:

In Peru fahren viele Autos, die viel schmutzige Luft machen.

Radwege helfen, das Klima zu schützen.

Auch deutsche Firmen profitieren davon.

Warum ist die Zusammenarbeit gut für uns?

Solidarität Wir helfen Menschen in Not – das ist fair. Viele arme Länder haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, leiden aber am meisten darunter.

Sicherheit Wenn Länder stabil sind, gibt es weniger Kriege und Flucht.

Wirtschaft Wenn andere Länder stärker werden, können sie mehr mit uns handeln. Das ist gut für deutsche Firmen.

Einfluss in der Welt Länder wie Russland und China wollen mehr Macht. Wenn wir nicht helfen, verlieren wir Freunde und Einfluss.

Was muss sich ändern?

Die Zusammenarbeit muss fairer werden. Bisher bestimmen oft die reichen Länder, was passiert. Das muss anders sein:

Die ärmeren Länder sollen mehr mitbestimmen.

Wir müssen zuhören, was die Menschen vor Ort brauchen.

Wir müssen lernen, dass es verschiedene Arten von Wissen gibt. Zum Beispiel: Indigene Völker (Ureinwohner*innen) wissen oft am besten, wie man die Natur schützt.

Unsere Forderungen

Wir von Bündnis 90/Die Grünen fordern:

Mehr Geld für die Zusammenarbeit:

Deutschland soll wieder 0,7 % seines Geldes dafür ausgeben.

Besonders arme Länder (die Least Developed Countries) brauchen mehr Hilfe.

Bessere Partnerschaften

Die ärmeren Länder sollen mitentscheiden, wie die Hilfe aussieht.

Es soll mehr lokale Expert*innen (Menschen aus dem Land) geben, die die Projekte leiten.

Gerechtere Regeln für die Welt

Arme Länder sollen mehr mitreden können – zum Beispiel bei der Weltbank oder der UNO.

Es soll faire Handelsabkommen geben.

Schulden von armen Ländern sollen erlassen werden.

Mehr Wirkung

Die Projekte sollen besser geplant werden.

Es soll weniger kleine Projekte geben, sondern mehr große, die wirklich etwas verändern.

Bessere Information für die Menschen in Deutschland

Die Regierung soll erklären, warum die Zusammenarbeit wichtig ist.

Sie soll zeigen, dass sie auch Deutschland nützt.

Starkes Ministerium für Zusammenarbeit

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) soll mehr Macht und Geld bekommen.

Die Humanitäre Hilfe (Hilfe in Katastrophen) soll auch zum BMZ gehören.

Schutz für die Zivilgesellschaft

Menschenrechtsorganisationen und Frauenrechte müssen gestärkt werden.

Die Zusammenarbeit soll feministisch sein: Das heißt, Frauen und benachteiligte Gruppen sollen gleichberechtigt sein.

Zusammenfassung: Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern ist wichtig – für Frieden, für das Klima und für eine gerechte Welt. Aber sie hat Probleme:

Es gibt weniger Geld.

Die reichen Länder bestimmen zu viel.

Viele Menschen verstehen nicht, warum sie wichtig ist.

Wir fordern: Mehr Geld, mehr Mitbestimmung für arme Länder, und bessere Informationen für alle.